

# Kardinal ringt mit der Realität

Unerwartete Positionierung eines vormaligen Regierungsfreundes

Jehan Perera

**Ende März wird eine Mehrheit der Mitgliedsstaaten beim UN-Menschenrechtsrat (UNHRC) darüber entscheiden, ob die Regierungsführung in Sri Lanka einem Prüfmechanismus durch das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte (OHCHR) unterworfen wird. Es wird ein knappes Ergebnis erwartet. Menschenrechtsverteidiger/-innen in Sri Lanka sowie Solidaritätsgruppen im Ausland haben eine eher unerwartete Fürsprache erfahren, so der Autor.**

Eine sogenannte Kerngruppe (*Core Group*) von Ländern unter der Führung Großbritanniens – Deutschland gehört ebenfalls dazu – hat Ende Januar einen Resolutionsentwurf vorgelegt, so dass aller Voraussicht nach im Rahmen der 46. Tagung des UNHRC über die Fortsetzung eines Prüfmechanismus durch das OHCHR abgestimmt wird. Das Ende ist offen, da die Regierung Sri Lankas auf einige unterstützende Staaten zählen kann, die eine „vom Westen betriebene“ Kontrolle oder Sanktionierung eines souveränen Staates grundsätzlich ablehnen. Manche, wie China oder die russische Föderation, positionieren sich so aus eigenem Interesse.

Die Chancen, die Resolution durchzubringen, stehen umgekehrt nicht schlecht. Die Regierung Sri Lankas hat sich einige Sympathien bei islamischen Republiken wie Pakistan oder den Mitgliedsstaaten der Organisation für islamische Zusammenarbeit (OIC) verschert, da sie bis vor kurzem alle Corona-Tote zwangsweise einäschern ließ – ein Sakrileg im Islam. Solche Staaten stimmen ansonsten eher mit der Phalanx der Regierungen, die dem Westen kritisch gegenüber stehen. Mit der Präsidentschaft von Joe Biden sind außerdem die USA in die Arbeit des UNHRC zurückgekehrt, die zu Sri Lanka schon in der Vergangenheit immer wieder eine wichtige Rolle über-

nahmen, um „Überzeugungsarbeit“ bei schwankenden Regierungen in Asien oder Afrika zu leisten. Das wäre eine mächtige Allianz, die die aktuell recht selbstsicher daher kommende Regierung Sri Lankas in die Bredouille bringen könnte. Letztere hat sich möglicherweise verkalkuliert, ihre eigene Außenpolitik über- und die fort dauernde Dominanz westlicher Staaten in internationalen Institutionen unterschätzt.

## Erratische Außenpolitik

An sich ist Sri Lanka derzeit ein wichtiges Land für die Weltpolitik. Die geopolitische Lage des Landes macht Sri Lanka wichtig für die Sicherheit sowohl des benachbarten Indiens als auch für die Seewege aller Großmächte. Die Außenpolitik Sri Lankas, geprägt von plötzlichen Volten, spiegelt diese Bedeutung und das Interesse der anderen nur bedingt wider. An einem Tag wird Indien und Japan die Nutzung des östlichen Terminals im Hafen von Colombo verweigert, am anderen Tag zeigt sich die Regierung unfähig, mit dem chinesischen Angebot für ein Solarenergieprojekt auf drei Inseln vor Jaffna fortzufahren. Die Einladung an die internationale Cricket-Ikone Imran Khan, Premierminister von Pakistan, und die potenzielle Aufmerksamkeit verstolperte die Regierung

durch den Streit, ob Imran Khan im Parlament sprechen kann. Die Regierung schafft sich die Vorbehalte bei mächtigen Ländern selbst.

Kommt hinzu, dass Sri Lankas Regierung die Frage der nationalen Souveränität und die Entschlossenheit, keine internationalen Interventionen zuzulassen, die dem nationalen Interesse schaden, sehr prominent vertritt. In diesem Zusammenhang gab es viele Ankündigungen, keine ausländische Einmischung in innere Angelegenheiten mehr zu dulden. So zog sich die Regierung von der Mitunterzeichnung der UNHRC-Resolution 30/1 von 2015 zurück, in der ein solcher internationaler Mechanismus zur Prüfung und Beratung in Sachen Menschenrechte damals gemeinsam festgelegt worden war. Argumentativ überzeugend ist das grundsätzlich nicht. In Sachen Handel und Investitionen gibt die Regierung einiges an Souveränität preis, etwa gegenüber China. Während des Krieges gegen die LTTE (*Liberation Tigers of Tamil Eelam*) bat die Regierung viele Länder um Hilfe, um diesen internen bewaffneten Konflikt zu lösen. Nun zu behaupten, diese Unterstützung und deren Folgen in Form schwerer Menschenrechtsverletzungen und mutmaßlicher Kriegsverbrechen seien eine rein interne Angelegenheit, fehlt die Logik.



Sicherheitskräfte vor dem Gebäude der UN in der Hauptstadt Colombo.

Bild: Vikalpa | Groundviews, flickr (CC BY 2.0)

## Der Resolutionsentwurf

Der Entwurf der UNHRC-Resolution thematisiert den politischen Gesamtzusammenhang in Stichworten, wie die Militarisierung ziviler Regierungsfunktionen, die Aushöhlung der Unabhängigkeit der Justiz und wichtiger Institutionen, die für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte verantwortlich sind, die anhaltende Straflosigkeit und politische Behinderung der Rechenschaftspflicht für Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen in hervorgehobenen Fällen oder auch die Verletzung des Rechts auf Religions- und Glaubensfreiheit etwa bei der Einäscherung von Corona-Toten. Der Entwurf benennt ebenso die Überwachung und Einschüchterung der Zivilgesellschaft, das Schrumpfen demokratischer Meinungsäußerungen im öffentlichen Raum, willkürliche Inhaftierungen, Vorwürfe von Folter und sexualisierte, geschlechtsspezifische Gewalt. Der Resolutionsentwurf kritisiert, dass die Innenpolitik

die begrenzten, aber wichtigen Ergebnisse aus der Umsetzung der Resolution 30/1 in den letzten Jahren rückgängig gemacht werden.

Im Einzelnen schlägt der Entwurf vor, einen umfassenden Prozess der Rechenschaftspflicht in Gang zu setzen, der alle in Sri Lanka begangenen Menschenrechtsverletzungen aufarbeitet, was die Verbrechen seitens der LTTE ausdrücklich miteinschließt. Der Entwurf betont die Bedeutung demokratischer Regierungsführung und der unabhängigen Aufsicht über die wichtigsten Institutionen. Gefordert wird sicherzustellen, dass alle Provinzräte in der Lage sind, in Übereinstimmung mit der 13. Änderung der Verfassung (*13th Amendment*) ihre Funktionen effektiv ausüben zu können. Unmittelbar operativ soll das OHCHR beauftragt werden, seine Prüffunktion und Berichterstattung zur Menschenrechtssituation in Sri Lanka zu verbessern, was Fortschritte der Regierungspolitik in Sachen Versöhnung und Rechenschaftspflicht einschließen sollte. Der Entwurf kommentiert jüngste Fälle, in denen Anklagen gegen Sicherheitskräfte auf Druck einer Kommission für politische Opferstilierung (Viktimisierung) zurückgezogen oder zur Rücknahme empfohlen wurden, ohne dass die zuständige Justiz eingeschaltet wurde.

Der Entwurf enthält auch einen Abschnitt, in dem das UN-Menschenrechtssystem aufgefordert wird, Beweise für Menschenrechtsverletzungen zu sammeln, aufzubewahren und für eine zukünftige Verwendung zu analysieren. Daraus kann man lesen, dass, wenn das nationale Justizsystem seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, die Möglichkeit eröffnet wird, mithilfe des internationalen Systems die Lücke zu füllen.<sup>1</sup> Der Entwurf vermeidet eine Aussage, das Land vor den Internationalen Strafgerichtshof oder ein anderes Tribunal zu bringen, an dem ausländische Expert(inn)en beteiligt sind – was von der aktuellen Regierung vehement abgelehnt wird.

## Der Kardinal

Der vorgenannte Abschnitt enthält Aussagen, die jüngsten Äußerungen von Kardinal Malcolm Ranjith nicht unähnlich, wenngleich unerwartet sind. Bei einer Trauerfeier am 20. Februar in der *Katuwapitiya*-Kirche in Negombo drückte der Kardinal seine Enttäuschung über die Regierung aus. Die Untersuchungen der Präsidentenkommission zu den Bombenanschlägen 2019, die speziell katholische Gemeinden zum Ziel hatten, hätten bislang zu keinem adäquaten Handeln geführt. Im Gegenteil, ein jüngst gefasster Kabinettsbeschluss bremse Maßnahmen etwa durch den Generalstaatsanwalt aus. Der Kardinal fügte hinzu, dass er eine internationale Untersuchung fordere, würde die nationale Untersuchung unterlaufen. Er würde sich entsprechend an den Vatikan wenden. Nach dem Krieg 2009 sprach sich der Kardinal noch entschieden gegen internationale Maßnahmen zur Unterstützung der Rechenschaftspflicht aus. Sri Lanka sei aufgrund seiner Geschichte, Kultur und internen Ressourcen in der Lage, eine eigene Lösung zu finden. Nun ein Weckruf in eigener Sache an die Regierung, aber auch an das Ausland.

*Aus dem Englischen übersetzt  
von Theodor Rathgeber*

## Zum Autor



Jehan Perera ist Direktor des nationalen Friedensrates (*National Peace Council*) und Kolumnist der Tageszeitung *Daily Mirror* in Sri Lanka.

## Texthinweis

Der Originaltext ist am 24.02. auf der Webseite <https://srilankabrief.org> unter dem Titel *Approach of the UNHRC resolution zero draft on Sri Lanka is not dissimilar to that of Cardinal Malcolm Ranjith* erschienen.

## Endnote

<sup>1</sup> Stichwort Weltrechtsprinzip – Anm. d. Red.